

Empfehle ich
3,70. Strid-
und Mägen in
seine farbige
fertige Kinder-
in weiß und
Mägen, Schirme,
Wolldecken. —
inleider.
Lusen
30 Prozent
b.
annkuch
Buz-
rtikel
Prima
Kernseife
200 Gramm-Stück
20
400 Gramm-Stück
38
Prima
Schmierseife
40
Seifenpulver
Reisstrohbissen
annkuch
Am. H. & C.
Schäftskalender
für
Forstbeamte
blt solane Vorrat
echte Buchhandlung,
Inb.: D. Strom.
Bbernhausen.
Efi,
ar aus Eschenholz, neu,
zu verkaufen
Wilhelm Wbr.
Wer
zu kaufen sucht,
zu verkaufen hat,
Stelle sucht,
Stelle zu vergeben hat,
zu vermieten hat,
zu mieten sucht
ert um erfolgreichem u.
Bilgigen im
Enztäler“.

Bezugspreis:
Halbmonat in Rem-
berg 75 Goldpf. Durch
die Deklin. Orts- u. Ober-
amtsveränder. sowie im
Jah. im Betr. 75 G. Pf.
m. Goldbedeckung. Preise
freiwillig. Kosterhebung
vorbehalten. Preis einer
Nummer 10 Goldpf.
In Fällen von Gewalt
besteht kein Anspruch auf
Ersetzung der Zeitung ab-
auf Rückzahlung des
Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle
Poststellen, sowie Agen-
turen u. Anstaltsverwalter
jederzeit entgegen.
Gebrauch: Nr. 24
C. H. Schönbach Remberg

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag von C. H. Schönbach, Remberg, für die Schriftleitung verantwortlich: D. Ström in Remberg.

Nr. 393.

Neuenburg, Freitag, den 12. Dezember 1924

82. Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 11. Dez. In Berliner politischen Kreisen rechneten nach dem Rücktritt des Kabinetts Marx mit einer Rechtsregierung unter Stresemann-Führung.

Aus dem Finanzausschuss.

Stuttgart, 10. Dez. Der Finanzausschuss des Landtags nahm heute zunächst eine Erklärung des Ernährungsministeriums betreffend Staatsbeiträge an die Landwirtschaft entgegen. Berichterstatter Wülfert (Soz.) stellte hierauf den Antrag, das Staatsministerium zu ermächtigen, vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags a) von dem im Kapitel 30 Tit. 6 a als Staatsbeitrag an die Landwirtschaftskammer vorgesehenen 60 000 Mark, 30 000 Mark alsbald zur Auszahlung zu bringen, b) Kap. 30 Tit. 6 c zur Förderung der Tierzucht und Verwertung tierischer Erzeugnisse vorgesehenen 257 200 Mark in vollem Umfange jetzt schon zu verwenden. Es handelt sich hierbei um Beiträge zur Förderung der Pferde- und Rindviehzucht. Sodann wurde mit der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern begonnen. Berichterstatter Dr. Schermann (Ztr.) besprach die Auswirkung des Beamtenabbaus im Ministerium des Innern, wonach 48 Beamte heute weniger veranlagt werden. Er kam auf den Abbau der Kreisregierungen zu sprechen und erkundigte sich, ob diese Angelegenheit ohne Störung durchgeführt werden sei. Des weiteren berichtete Dr. Schermann über Eingaben des württ. Bauernbundes, des Heimstättenauschusses der Gewerkschaften, des Verbandes gemeinnütziger Bauvereine und des Verbandes der Holzinteressenten, die sich alle mit der Förderung des Wohnungsbaus befassten, auch besprach der Referent die Auswirkung der Gebäudenutzungssteuer. Ein sozialdemokratischer Redner erkundigte sich nach dem weiteren Abbauprogramm der Staatsregierung; nach dem Ministerium, die bei der Generalabgabe zum Etat gehalten worden seien, werde eine weitere großzügige Organisation und Vereinfachung der Behörden und des Verwaltungsapparats zu erwarten sein. Der Redner wandte sich auch gegen die neu geschaffene Ministerialabteilung für Körperkulturbewahrung mit einem besonderen Präsidenten. Minister Holz erklärte, dass hinsichtlich der Aufhebung der Kreisregierungen ihm von keiner Seite Klagen bekannt geworden seien. Die Regelung der Zuständigkeiten zwischen Ministerialabteilungen und Oberämtern sei noch nicht abgeschlossen. Es können demnach noch weitere Aufgaben an die Oberämter von Seiten des Ministeriums überwiehen werden. Hinsichtlich der Pläne der Staatsvereine übernahm er sich in der Hauptfrage um das Schicksal des Arbeitsministeriums und der ihm nachgeordneten Behörden; Gewerbe für Aufsicht, Zentrale für Landwirtschaften usw. Für das Ministerium des Innern selbst könne es sich höchstens noch um Fragen der Oberamtsvereinfachung handeln. Der Minister gab die rechtlichen Unterlagen bekannt, auf denen die Gebäudenutzungssteuer und die Wohnungsfürsorgeausgaben aufgebaut sind. Auf Anfrage teilt der Minister mit, dass die Wohnungsfürsorgeausgaben aus der Darlehensabteilung mit zwölf Millionen, der Bauhofstelle mit vierzehn Personen und der Hauptregistratur bestünde. Insgesamt seien 38 Personen dort tätig. Des weiteren besprach der Minister die Schwierigkeiten der Derivierung der Gebäudenutzungssteuer und der gewerblichen Wohnungsfürsorge. Seitens des württ. Staates seien 1924 insgesamt sechs Millionen Mark für Wohnungsbauverträge ausbezahlt und veranlagt worden. Das Problem sei 1. wie die staatlichen Mittel dem Wohnungsbau zufließen, 2. ob und unter welchen Voraussetzungen die Wohnungsfürsorgeausgaben eine große Anleihe bedürften. Der Minister berichtet über schwebende Verhandlungen. In dritter Linie sei zu prüfen, ob nicht neue Mittel aus der Steigerung der Mietsteuern, von denen ein bestimmter Prozentsatz vom Hausbesitzer zur Förderung des Wohnungsbaus abgenommen werden sollen, sich erzielen ließen. Der Stadtrat habe sich zwar gegen die Schaffung von Mietkatalogen ausgesprochen. Ein Zentrumstribüne wandte sich gegen die Schaffung dieser Mietkataloge. Hierbei könnten die Familienverhältnisse nicht berücksichtigt werden. Die Gebäudenutzungssteuer würde sich sehr ungerecht aus, weil auch Personenteile, die ihre Hypotheken verloren hätten, die Steuer mittragen müssten. Die Wohnungsmieter hätten obgebaut und die Geldsummen, die dafür aufgebracht werden müssten, könnten für die Vergütung einer aufzunehmenden großen Anleihe mitverwandelt werden. Auf dem Gebiete der Anleihepolitik empfahl sich ein großzügiges Vorgehen. Der Weg sei besser wie die Schaffung der Mietkataloge. Ein demokratischer Redner stellte sich auf den gleichen Standpunkt. Minister Holz sprach sich dahin aus, dass wohl auch im Jahre 1925 nicht jedes als baufähig befundene Gehäus mit Kautellen Mitteln unterstützt werden könne. Ein Redner der Bürgerpartei verteilte den Standpunkt, dass nur die freie Wohnungswirtschaft und aus dem Wohnungsbau herauszuführen vermöge. Der Staat möge die Familienhäuser ganz besonders fördern und ihnen eine höhere Unterstützung zukommen lassen. Wer heute baue, müsse mit dem Aufbringen der dreifachen Miete rechnen. Der Minister Holz besprach sodann die Kreditfrage. Er betonte, dass mit höheren Mietsteuern allein das Bauprogramm nicht gelöst werden könne, weil es einfach am Kapital an und für sich fehle. Der Staat könne auch nicht Steuern erheben, um damit Darlehen gewähren zu können. Die Wohnungsmieter können nicht einfach befristet werden. Ten Versuch, die gewerblichen Räume der Wohnungswirtschaft zu enteignen, habe das Reichsarbeitsministerium nicht genehmigt. Auf einer Tagung der einzelstaatlichen Minister in Göttingen sei aber auch der Standpunkt vertreten worden, dass auf diesen Gebiet abgebaut werden müsse. Räumliche Zimmer seien der Wohnungswirtschaft jetzt schon nicht mehr unterworfen. Er betonte die Wohnungsmieter 4. St. noch als etwas unheimlich aber nicht als ideal. Ein sozialdemokratischer Redner betonte die Notwendigkeit der Wohnungsmieter auch in jetzi-

ger Zeit. Ihm sei nicht bekannt, dass der, der Schmiegelder bezahle, zuerst eine Wohnung bekomme. Ein demokratischer Redner besprach die Kosten des Wohnungsbaus. Ein Zentrumstribüne wies auf die kartellierte Bauindustrie hin, die außerordentlich verteuert auf dem Gebiete des Bauhofmarktes sich auswirke. Ein Redner des Bauernbundes verteilte den Standpunkt, dass in absehbarer Zeit volle freie Wohnungswirtschaft eingeführt werden müsse. Demgegenüber betonte ein Zentrumstribüne und ein sozialdemokratischer Redner, dass es darauf ankomme, ob die Wirtschaft in der Lage sei, die höheren Löhne und Gehälter tragen zu können, denn irgendwoher müssten die Gelder kommen. Ein kommunistischer Redner sprach sich dahin aus, dass mit drakonischen Maßnahmen gegen die großen Einkommens- und Vermögensträger vorgegangen werden müsse. Von einem bestimmten Einkommen ab müssten alle Leute verpflichtet werden, eigene Wohnungen zu bauen. Auch eine Wohnungslagesteuer wäre angezeigt. Der Entwurf einer Kartellierung der Industrie könne staatlicherseits nicht begehrt werden. Die Industrie trage schwere Reparationslasten. Die Preispolitik der Kartelle müsse deshalb darauf ausgehen, dass die Industrie leistungsfähig bleibe. Der Abgeordnete Schief (Dem.) stellte den Antrag, das Staatsministerium zu ermächtigen, dem Landtag eine alsbaldige Darstellung der Maßnahmen zu unterbreiten, durch die das Staatsministerium die dringend erforderliche energische Förderung des Wohnungsbaus zu betreiben gedenkt. Der Antrag wurde ohne Abstimmung angenommen. Der Berichterstatter Dr. Schermann stellte den Antrag, Kapitel 13 zu genehmigen und die Eingaben durch die Beratung für erledigt zu erklären. Die Abstimmung wurde auf Donnerstag verschoben.

Ein Verleumdungsprozess.

Begen Verleumdung des Oberpräsidenten des Reichs, wie aus Hannover gemeldet wird, am Dienstag der Geschäftsleiter der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung“, Müller, vor dem erweiterten Schöffengericht. Dem Gegenstand der Anklage bildete eine Haarmann-Schöpfung, deren Titelblatt neben dem Bild Haarmanns das Bild des Oberpräsidenten zeigte. Der Beschuldigte erklärte, dass er trotzdem der Verleumdung sei und der Kommunist Jman sah die Prozessur verfasst und den Druck veranlasst habe, dennoch die Verantwortung übernehme. Vom Staatsanwalt wurde, da es sich um eine schwere Verleumdung des höchsten Verwaltungsbeamten der Provinz handelte, trotz der bisherigen Unscholtheit des Beschuldigten drei Monate Gefängnis beantragt. Der Verteidiger plädierte für Freisprechung. Der Prozess wurde schließlich vertagt.

Ausland.

Paris, 11. Dez. Derriot ist infolge Arbeitsüberlastung ernstlich erkrankt.

London, 11. Dez. Im Unterhaus stellte Churchill unter Zustimmung der Liberalen und der Arbeiterpartei den Grundsat auf, dass England von den alliierten Schädigern ebensoviel erhalten müsse, wie es selbst an Amerika zahlte. — Die Ankündigung des Ausbaus Singapores zur englischen Flottenbasis im fernen Osten hat in Japan erneut schärferen Protest hervorgerufen. — Lord Curzon erklärte im Oberhaus, dass die Ertragungen der englischen Regierung zum Gen'v Protokoll bis März nächsten Jahres noch nicht abgeschlossen sein würden.

Aus Südtirol.

Die Südtiroler Zeitungen beklagen sich bitter darüber, dass Verhaftungen und Morde infolge mangelnden Polizeischutzes stark zunehmen. So waren in einer Novemberwoche allein fünf derartige Mordtaten festzustellen, ohne dass es gelang, die Täter zu ergreifen. Die italienische Polizei wird ansehnend zu anderer „Aufsicht“ benötigt; denn fortgesetzt werden Leute verhaftet, weil sie nicht über genügende Ausweispapiere verfügen, oder weil die Ränge der Taschenmesser die erlaubten vier Zentimeter übersteigern. Auch wurde sogar ein Heldengestalt wegen „Tragens gefährlicher Waffen“ festgenommen, als er sich mit seinem Handwerkzeug zu einer Schlachtung begab! Dem „Landmann“ in Bozen, der diese Zustände geißelte, wurde die betreffende Nummer beschlagnahmt! Angesichts der großen Bedeutung Südtirols für den internationalen und besonders deutschen Fremdenverkehr sollte die italienische Regierung das Räuberunwesen unterdrücken und ihre Polizei zu diesem Zweck verwenden.

Das deutsche Eigentum in Italien.

In der Mitteilung, dass die italienische Regierung Deutschland gegenüber die Erklärung abgegeben habe, auf die Ausübung des ihr nach Paragraph 18 der Anlage 3 zu Abschnitt 8 des Friedensvertrags zustehenden Rechtes der Sequestrierung deutschen Eigentums zu verzichten, für den Fall, dass Deutschland versuche, seinen Verpflichtungen nicht nachzukommen, ist festzustellen, dass der Verzicht der italienischen Regierung sich lediglich auf die ihr zustehenden Rechte und dem vorzunehmenden Paragrafen 18 erstreckt, durch den ein Eingriff in das deutsche Nachkriegseigentum vorgebehalten war. Die Sequestrierung und Liquidierung des Vorkriegseigentums durch Italien wird durch diesen Verzicht nicht berührt.

Gebirge Milerands in Brüssel.

Brüssel, 10. Dez. Milerand hielt gestern eine politische Rede, in der er u. a. der Hoffnung auf den baldigen Abschluss eines anglo-belgisch-französischen Bündnisvertrags Ausdruck verlieh. Im übrigen erging sich der frühere Staatschef in baldigen Verhandlungen gegen Deutschland. Er bürge dafür, sagte er, dass Deutschland demnächst noch seiner Aufnahme in den Völkerbund den Versuch machen werde, unter nützlichen Vorwänden, vielleicht sogar unter dem einer Befreiung des Friedens, die Revidierung des Versailler Vertrags zu beantragen.

Poincaré Stellungnahme gegen Herriot.

Paris, 11. Dez. Auch Poincaré hat sich jetzt ausgesprochen.

aus seiner Reserve heranzutreten und gegen die innere Politik des Kartells Stellung zu nehmen. Er bedient sich seines früheren Finanzministers de Laforetie, um in Vortragsabenden vor einer erlesenen Zuhörerschaft darzulegen, dass die gegenwärtige politische Lage nicht geeignet sei, eine Gesundung der französischen Finanzen zu sichern. Gestern Abend sprach de Laforetie über die Inflation in Frankreich. Er machte hierüber einige interessante Mitteilungen, aus denen hervorgeht, dass die französische Staatsbank bis zum Jahre 1922 gewaltige Kapiermassen in Umlauf brachte. Das Defizit des Staatsamtes steigerte sich so rasch, dass es vorübergehend Ende 1922 die horrenden Summe von 42 Milliarden Franken erreichte. De Laforetie behauptet, dass unter dem Kabinett Poincaré eine leichte Besserung erzielt wurde. Seine Ausführungen gipfelten in der Erklärung, dass die Finanzen eines Landes nicht in Ordnung gebracht werden können, solange im Lande Unordnung herrscht. Damit wollte er gegen Herriots Politik Stellung nehmen. In der nächsten Zeit werden diese Vorträge unter dem Vorh. Poincarés fortgesetzt werden.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenburg, 11. Dez. Wie uns mitgeteilt wird, sind für den neu zu gründenden Siedelungsverein Neuenburg 12 Stammeinlagen bis jetzt gesammelt. Es wäre zu wünschen, dass aus den Kreisen der Hausbesitzer und Mieter sowie der Wohnungssuchenden selbst eine weitere rege Beteiligung sich findet. Nach dem Anzeigenteil ist hierzu auch jetzt noch Gelegenheit.

Neuenburg, 11. Dez. (Zahlungsbergang als Rücktrittsgrund) Unter gewöhnlichen Umständen kann ein Zahlungsbergang nicht ohne weiteres als Grund zum sofortigen Rücktritt von einem Vertrage angeführt werden. Es bedarf hier der Freilassung und Androhung gemäß § 336 BGB., es sei denn, dass positive Vertragsverletzung vorliegt. Ist dagegen das Recht zum Rücktritt beim Ausfall von Zahlungen ausdrücklich vereinbart, so kann der Bergang mit der Zahlung als Grund zum sofortigen Rücktritt geltend gemacht werden, insbesondere dann, wenn noch Treue und Glauben auf die baldige Zahlung größter Wert zu legen war. Wenn in einem Vertrage die Klausel aufgenommen ist: „Jede Teillieferung auf einen Abbruch bildet ein Geschäft für sich, und der Käufer kann wegen Nichterfüllung einer Rate einen Vertrag nicht rückgängig machen. Wenn der Käufer aber mit der Zahlung für eine Teillieferung trotz Aufforderung im Rückstand bleibt, oder seine Zahlungen einstellt, so hat der Verkäufer das Recht, von allen Verträgen zurückzutreten und etwaigen Schadenersatz zu beanspruchen.“

(Wetterbericht) Der Hochdruck im Osten ist immer noch stationär. Für Samstag und Sonntag ist deshalb froedend und ziemlich kaltes, jedoch mehrfach bedecktes Wetter zu erwarten.

Württemberg.

Tübingen, 11. Dez. (Verfeigerung.) Im Konkurs der Gewerbetank Tübingen kommt am Freitag, den 12. ds. Mts., in den Geschäftsräumen der Bank die Verfeigerung einzelner Verfeigerung, worunter 5 Schreibtische, Bücherregale, Schreibpulte, Schreibmaschinen, ein feuerfester Kasten, eine elektrische Nähmaschine, zwei feuerfeste Kassen, ein doppelter Bankenschrank (Dienstag) usw.

Reichershausen O. Württemberg, 11. Dez. (Bewaffnete Einbrecher.) In der Nacht auf Mittwoch wurden hier mehrere Einbruchdiebstähle verübt, wobei den Dieben wertvolle Gegenstände in die Hände fielen, u. a. auch Lebensmittel. Die Diebe benahmen sich sehr raffiniert, als sie erwischt wurden und gingen sogar mit geladenem Revolver vor. Beim dritten Einbruch wurden sie verhaftet und entkommen unerkannt.

Baden.

Florsheim, 11. Dez. Der 24jährige Sohn der Familie Beter in Florsheim, der in Leipzig Chemie studierte, ist dort auf tragische Weise ums Leben gekommen. Nach einer Verbindungskarte wollte ihm ein Kommilitone den in dessen Besitz befindlichen Revolver zeigen. In diesem Augenblick ging der Schuss los und Beter sank in die Schale getroffen, tot zu Boden. Der unglückliche Schütze mit Namen Jode wird sich wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten haben.

Stuttgart, 10. Dez. In der gemeldeten Halbschmiederei führt der „Bad. Wdm.“ noch, dass eine erhebliche Anzahl derer fahrlässigen Ein- und Dreimarke in Umlauf sind und fortgesetzt eingeliefert werden. Der Sohn der Metallgießerei Wagner von Wulstbach, kommt als Hauptbeschäftigter in Frage, während Vater und Mutter die Halbschmiede in der raffinierten Weise an den Mann zu bringen suchten. Die in Haft befindlichen haben bereits ein Geständnis abgelegt.

Freiburg i. Br., 11. Dez. Um 5.31 Uhr nachmittags wurde hier ein kurzer Erdbeben erschüttert. Man beobachtete ein Klirren der Fenster und Rütteln der Türen. Die gleichen Beobachtungen machte man auch in der näheren Umgebung und sogar in der fernen Richtung Neuchâtel. Schwenningen nach Stuttgart hin, sowie in Singen a. D. Die Erdbebenmarke Freiberg verzeichnete in der Zeit von 4.35 bis 5.35 Uhr einen kurzen, aber kräftigen Erdstoß.

Währingen (A. Engen), 11. Dez. Heute morgen um vier Uhr brach im Hause des Landwirts Joh. Bohr Feuer aus, das in den Vorräten an Getreide und Getreide reiche Nahrung fand. Das Wohn- und Wohnanlegebaue brannte bis auf den Grund nieder. Mit Mühe gelang es noch, das Vieh und einige Hausgegenstände zu retten. Das angrenzende Haus der Frau Witwe Krenn war auf das Feuer herbeigeführt und nahm trotz der vereinigten Anstrengungen der Feuerwehren von Währingen und Tübingen einigen Schaden. Die Brandursache konnte nicht festgestellt werden.

Kußloch, 10. Dez. Bei ihrer Heimkehr von Naisbach wurde eine Frau von hier spät abends von einem unbekannten Mann angehalten und ihr das Geld abverlangt. Da die Frau mit Schüssen antwortete, verging dem Missetäter die Lust zu tanzen und er tauchte in dem Waldesdickicht unter, wo er auch hergekommen war. Sicherlich hatte er nicht mit dieser resolution Gegenwehr gerechnet.

Vermischtes

Vom Bodensee. Der Stadtrat von Lindau hat in einer geheimen Sitzung einen überaus wichtigen Beschluß gefaßt. Da die Großherzogin von Toscana im Hinblick auf die veränderten Verhältnisse ihren Besitz in Lindau-Landschaft abzugeben beabsichtigt, fanden in Salzburg zwischen dem Vertreter des großherzoglichen Hauses und Oberbürgermeister Siebert Verhandlungen statt, die zu dem Ergebnis führten, daß die Großherzogin ihren Besitz in Lindau-Landschaft an die Stadt Lindau für 18 150 Quadratmeter wertvolles Gelände darfst am See, das durch seine ganze Anlage und durch die Wohnlichkeiten eine außerordentliche Bereicherung des städtischen Grundbesitzes darstellt und mit den Schiffsanlegern in der Bodensee ist der Stadt der letzten Jahre bildet. Durch die Erweiterung auch des kleinen Gärtnersplatzes ist nunmehr das für die Stadt wichtige Gelände am Nordende der Landtorbrücke für die öffentliche Hand sichergestellt. Der Stadtrat hat die Kaufverhandlungen nach eingehender Beratung einstimmig genehmigt.

Yonang Millionen Markt kostet die Reichstagswahl vom 7. Dezember. Hätte die Reichsregierung den Wahltag nicht aufgeschoben, sondern es war es ja gar nicht, und dafür die Yonang Millionen an die hungernden Kleinrentner und Kleinrentnerinnen, die um ihren Existenzkampf kämpfen, als Weihnachtsgeschenk verteilt, so würden 500 000 von diesen alten, den langjammen Hungertode preisgegebenen Leute je 10 Mark erhalten haben und damit hätten sie sich wieder eine Zeitlang leisten können — oder man wäre mit diesen Yonang Millionen Markt in die angenehme Lage versetzt worden, 1200 Siedlungsbauwerke mit je drei Wohnungen bauen und damit 3600 Familien menschenwürdige Unterkunft geben zu können, — oder es hätten mit diesen Yonang Millionen 4000 Gemeinden, die im vergangenen Sommer durch Hagelschlag so schwer heimgesucht worden sind, mit je 5000 Mark unterstützt werden können. Wie legendär hätten diese Yonang Millionen gewirkt.

Ein Fischerboot durch ein Torpedo zerstört. Am Hafen von Portland (Dorsetshire) wurde ein Fischerboot Dienstag nachmittag von einem Küstentorpedo, das aus einem Fort abgeschossen wurde, getroffen. Das Torpedo explodierte und zerstörte das Fischerboot, dessen einzelne Teile jetzt an Land liegen. Der Fischer und sein 14-jähriger Sohn, die das Boot besaßen, wurden durch die Explosion ins Wasser geschleudert, konnten aber unverletzt gerettet werden.

Schlamm-Rebel in London. Bereits seit 26 Stunden wird London von einem der schlimmsten Nebel der letzten Jahre heimgesucht, der sich nach den Meldungen aus der Provinz über ganz England und Wales ausbreitet. Unbeschreibliche Szenen spielen sich in Strand und in der City ab. Es herrscht auch am Tage nächtliche Dunkelheit, und die Straßen und Häuser werden durch künstliches Licht, so gut es geht, beleuchtet. Der Verkehr, Fußgänger und Straßenverkehr ist total desorientiert und zum Teil aufgehoben. Auf den Bahnhöfen warten tausende von Menschen auf ihre Züge. Manche Bahnen haben ihre Gütergüter eingestellt und lassen nur Extrazüge abfahren, die zwischen für Straßen, welche sonst in wenigen Minuten zurückgelegt werden, drei bis vier Stunden brauchen. Dabei herrscht furchtbare Kälte, so daß die in den Rängen zwischen den Stationen wartenden Passagiere großen Unbillen ausgesetzt sind. Es werden auch schon eine ganze Reihe von Unfällen gemeldet. In einer Vorstadt stießen zwei Kraftomnibusse zusammen. Dabei wurden zwölf Personen erheblich verletzt. Auch verschiedene Todesfälle werden gemeldet.

Ein süßer Hochzeitskuchen. Großer Aufsehen erregte der Hochzeitskuchen von vier Angestellten einer großen Konditorei für Kirche von Aston in England. Die beiden Paare wurden begleitet von 24 Bekehrten im Juchzergewand, die Biederkeit richtige Kuchen und umwandelnd große Konfektstücke im Zug trugen. Jeder Vorübergehende durfte sich ein Stück von den Süßigkeiten nehmen.

Die Braut mit Kaff überfallen. In einem Dorfe der englischen Grafschaft Sussex fand ein Vandalentat vor Gericht, der seine Braut, die er mit einem Freunde im Geldsack fassen sah, in einer Aufwallung von Eifersucht mit einem Eimer Kaff überfallen hatte. Außerdem wurde aber auch dem Kaffbaker der Braut durch Verletzung mit der Waffel der Arm gebrochen. Vor Gericht verurteilten alle Beteiligten, die sich insulischen verdient hatten, die Szene so harmlos wie möglich darzustellen, was allerdings den Brautkaff nicht vor einer ziemlich hohen Geldstrafe rettete.

Ein guter Feind. Der schwedische Hochzeitskuchen-Brat, der mit deutscher Bekanntschaft und 73 000 Liter Brantwein, sowie 133 Hektar Roggen nach Jakobstad unterwandert war, ist in Sundsvall beschlagnahmt worden. Das Fahrzeug hatte länger Zeit vor der Küste gekostet und war schließlich in den Hafen eingelaufen, weil es angeblich einen Steuerzeichen gehabt hatte. Da sich diese Angabe des Kapitäns jedoch nicht bestätigte, wurden Fahrzeug und Ladung beschlagnahmt.

Prose, Doermann.

Sannover, 10. Dez. Heute ist gegen den schon mehrfach erwähnten Witwen, der sich vor einigen Tagen selbst der Polizei gestellt hatte, vom Staatsanwalt Haftbefehl wegen dringenden Verdachts der Verhaftung erlassen worden. In der letzten Vernehmung wurde zunächst die Frau Engel vernommen, die Doermann dadurch kennen lernte, daß er ihr auf der Straße anfangs 1923 Werbefleisch anbot. Als die Frau Doermann sagte, im Hause und in der Umgebung sei er als Kommerzienrat bekannt, habe Doermann den Worten mit Klage gedroht. Sie habe damals Doermann auch das Zimmer geschenkt. Bezüglich des Verlehrs mit jungen Leuten habe Doermann der Frau erklärt, daß er im Waisenhaus die Hebräer der Obdauern habe. Er habe diese mit ins Haus genommen um nicht erst mit ihnen ins Polizeipräsidium gehen zu müssen. Zum Hause Witt befand die Frau, daß sie ihn gewarnt habe, nach Hamburg zu gehen. Am selben Abend sei derselbe junge Mann mit Grans und Doermann in Doermanns Zimmer gekommen. Die Frau will gehört haben, daß Doermann gesagt habe: „Ich will doch nicht. Es kommt mir zu teuer“, und daß Grans geantwortet habe: „Ach, ich ihm doch die fünf Mark und laß ihn fahren.“ Die Frau Emma Schulz befindet, sie habe gehört, wie Grans gesagt habe: „Der wird gemacht.“ Sie habe das so aufgefaßt, als ob ihm der Mantel abgenommen werden sollte. Die Frau schildert dann übereinstimmend mit Frau Witt, wie sie in Doermanns Zimmer kam und den jungen Mann im Bett liegen sah. Der Vorstehende sagte im weiteren Verlaufe zu Doermann: „Wohin haben Sie fünf Hektar bestritten.“ Die fünf Hektar, die in der Reihe aufgefunden wurden, sollen auch von ihren Kindern kommen. Wer hat diese fünf umgebracht?“ Doermann: „Ich habe sie nicht umgebracht. Die Schadel, die durch meine Hand gegangen sind, habe ich selbst geschlagen. Es

sollen die anderen ihr Herz erleichtern.“ Vorstehender zu Grans: „Wollen Sie Ihr Gewissen erleichtern?“ Grans mit einem Lächeln: „Ich habe die Wahrheit gesagt.“ Die Frau Emma Schulz hat auf einer von Doermann für ihren Sohn gekauften Hofe zwei Miststrolche gesehen und diese weggeschoben. Der Arbeiter Busch sagt a. a., daß ein Waisenkind zu ihm von einem Anzug gesprochen habe, der alsdann von Grans getragen worden sei. Die Ladung dieses Kleiders wird beschlagnahmt. Grans freier Rederecht behauptet, Grans habe ihn einmal aufgefodert zu Doermann mitzugehen, er könnte sich etwas Geld verdienen. Er habe dies aber abgelehnt, da er aus dem allgemeinen Verstande wisse, daß Doermann homosexuell war. Grans behauptet, die Aussage sei unrichtig. Grans Wigel, Verwalter, erzählt den Vorgang der Unternehmung wegen eines verstorbenen Sohnes. Kommissar Weg berichtet die Verhandlungen des Jungs durch Aufklärung der von der Polizei ergriffenen Maßnahmen und eingeleiteten Schritte. Nach Wiederöffnung der Verhandlung wird auf Wunsch des Oberstaatsanwalts vom Vorstehenden festgestellt, daß entgegen den anstehenden Umständen nach der Vernehmung des Jungs Wigel am 25. Juni von Doermann kein Wort mehr gegangen ist. Die letzte Teil ist am 13. Juni geschlossen. Im weiteren Verlauf der Verhandlung war die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Es wurden Zeugen über die Art des Verlehrs mit Doermann vernommen, wobei der Fürsorgegänger Koller mit Bestimmtheit auslegte, daß Doermann ihn selbst. Anfanglich habe er sich damit Geld verdienen wollen, daß er sich habe leisten lassen. Während der Befragung habe er jedoch Bedenken und Angst bekommen und durch die Drohung mit Verhaftungen Doermann veranlaßt, ihn freizulassen. Ein anderer Zeuge sagte aus, Doermann habe ihn wohl im Saal mit einem Schachtmesser in der Hand gefragt, ob er den Tod fürchte. Auf seine Verneinung habe Doermann von ihm abgesehen. Auch ein weiterer Zeuge schilderte, daß er unter den gleichen Umständen gefaßt worden sei und erst auf seine Drohung hin von Doermann losgemacht wurde. Doermann betritt die Anklagen und suchte die Unklarheiten der Zeugen nachzuweisen. Schließlich wurde der in der Zeit befindliche 21-jährige Hugo Witsch als Zeuge vernommen, der erklärte, daß er weder allein noch mit anderen jemals einen Nord begangen habe. Witsch erklärte, er habe allerlei für Doermann besorgt, beim Ausgehen mit Grans auch für diesen. Doermann habe einen Hof gegen ihn, weil er ihn habe verhaften lassen, da er ihm Geld schuldig sei. — Damit wurde die Verhandlung geschlossen. Die Verhandlungen wurden gestern zunächst weiter unter Ausschluss der Öffentlichkeit fortgesetzt. Der eine der beiden jungen Männer der angekl. von Doermann gefaßt worden zu sein, mußte zugeben, daß verschiedene seiner Angaben unrichtig seien. Doermanns Behauptungen dagegen zureichen. Seine Anklage jedoch, gefaßt worden zu sein, will er bestritten. Als Doermann nochmals aufgefordert wurde, über Grans und Witsch alles ihm Bekannte zu sagen, bett Doermann nochmals die Gewissensfrage an Grans, ob er ihm junge Leute zugeführt habe, ob er niemals eine Leiche bei ihm gesehen und ob er von der Leiche junger Leute nichts gewußt habe. Grans bestritt alles. In unverständlichen Zeugenerzählungen wird die Öffentlichkeit wieder eingeschaltet und in die Vernehmung von Zeugen Rothe eingetreten. Zeuge Rothe befand, daß sein Sohn Fridolin in der letzten Zeit viel von zu Hause ausgegangen sei und deshalb von seiner Mutter bestraft wurde. Als Rothe einmal vom Felde nach Hause kam, war Fridolin verschwunden. Er verwendete seinen Urlaub darauf, seinen Sohn wiederzufinden. Seine Nachforschungen führten zur Verhaftung Doermanns. Bei der Hausdurchsuchung, der er beizuohnte, wurde jedoch nichts gefunden. Da Doermann den Mord an Fridolin Rothe jagt, wird auf die Vernehmung von Frau Rothe verzichtet. Aus weiteren Zeugenerzählungen ergibt sich, daß Fridolin Rothe Doermann in einem Kaffee beim Waisenkindern kennen gelernt habe.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 11. Dez. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 114 Ochsen (anverkauft 9, 13 (3) Bullen 180 (16) Jungkälber, 140 Jungschafe, 79 (9) Kälber, 1019 Kälber, 911 (30) Schweine, 189 Schafe, Erlos aus je 1. 3. Erbschlagmarkt: Ochsen 1. 44—47 (letzter Markt: 44—47), 2. 37—41 (38—41), 3. 30 bis 35 (ans), Bullen 1. 44—46 (ans), 2. 39—42 (ans), 3. 31—36 (31—37), Jungkälber 1. 49—52 (49—53), 2. 40—45 (40—46), 3. 30 bis 37 (31—38), Kälber 1. 30—40 (ans), 2. 19—28 (ans), 3. 12—17 (ans), Kälber 1. 71—74 (70—73), 2. 60—68 (60—67), 3. 50—57 (48—57), Schafe 1. 56—62 (55—62), 2. 35—50 (ans), Schweine 1. 81—84 (83—86), 2. 78—80 (78—83), 3. 69—74 (71—78), Sauen 60 bis 70 (64—76) Markt. Verkauf des Marktes: mäßig belebt.

Stuttgart, 11. Dez. (Landesproduktionsbüro) Die Stimmung auf dem Getreidemarkt hat sich in den letzten Tagen fester gehalten, insbesondere sind die Auslandsforderungen höher. Auch das Geschäft wurde etwas lebhafter. Es notierten je 100 Hektar: Weizen 21—24 (am 8. Dez. 21—24), Sommergerste 21,5—25 (ans), Roggen 21 bis 23 (ans), Hafer 14—19 (ans), Mais 30,5—40,5 (30—40), Brotnacht 35,5—36,5 (35—36), Reis 12,5—13 (ans), Weizen 7 bis 8,5 (ans), Kleben 9,5—11 (ans), dreifachgegrühtes Stroh 5 bis 6 (ans) Markt.

Regensburg, 11. Dez. (Schlachthof) Zufuhr: 1428 Tiere. Preise pro Paar: Hammel 60—65, Blattschafe 70—75, Lämmer 50—64, Brachschafe 50—60 Markt. Der Handel war lebhaft, beinahe alles wurde verkauft.

Morgeln, 10. Dez. (Schlachthofmarkt) Zufuhr: 5 Ochsen (ans), 1 Kälber, 1 Kälber, 4 Ferkel (1), 45 Kälber, 22 Schafe, 62 Schweine. Erlos für 1 Pfund Erbschlagmarkt: Ochsen 1. 45—48, Kälber 1. 45—52, Ochsen und Kälber 2. 40—45, Kälber 38—42, Ferkel 40—46, Kälber 65—70, Schweine 70—82. Marktwert: mäßig belebt. Die Preise gelten für nächsten morgigen Tiere und schließen sämtliche Speise des Handels ab. Stall für Frucht- und Verkaufsstellen, Umschlagstellen sowie den natürlichen Grundbesitz ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Neuere Nachrichten.

Weisbaden, 2. Dez. Der Witwenbeider der französischen „Kollaborative“, Winton, wurde auf Verleiden seines deutschen Kommandos vom deutschen Gericht wegen Verleumdung verurteilt. Auf Veranlassung der Verleumdungsbehörde ist der Verleumdete wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Berlin, 11. Dez. Die Juchzergewand werden den neuen Schicksalstrahl abgeben, unter besonderer Hinweis darauf, daß seine Möglichkeit für eine entsprechende Erhöhung der Kohlenpreise gegeben sei.

Berlin, 11. Dez. Das Linienkessel „Sannover“ hat auf einer Liebesfahrt nördlich von Wangerode anstehend dadurch, daß eine für die Navigation wichtige Fahrwasserboje infolge der letzten Stürme weit abgetrieben wurde, vorübergehend Grund gerührt und ist zur Untersuchung auf etwaige Unterwasserfährten in die Marineverft Wilhelmshafen eingelaufen.

Berlin, 11. Dez. Der Handelsausschuß des deutschen Industrie- und Handelskammerverbandes hat gestern in Berlin. Die Versammlung beschloß sich insbesondere mit dem Washingtoner Abkommen über die Arbeitszeit. Der Kommerzienrat Dr. Konrad von Voßig erhaltete einen Bericht, in dem er feststellte, daß die Vereinigten Staaten die Ratifizierung endgültig abgelehnt haben und daß England die Bestimmungen des Abkommens nur in beschränktem Umfang bei sich durchzuführen

will. Auf Grund seiner sehr eingehenden Ausführungen nahm der Handelsausschuß nachstehende Erklärung an: „Der deutsche Industrie- und Handelskammerverband lehnt eine Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens ab, weil sie dem deutschen Wirtschaftsleben keinerlei Vorteile, sondern nur schwere Schädigungen und Gefahren bringen kann. Das deutsche Volk muß sich die freie Verfügung über die Gestaltung der Arbeitszeit erhalten, damit es jederzeit seine Interessen sicherstellen und den eingegangenen Verpflichtungen gerecht werden kann. Solange dem deutschen Volke die Kosten des Krieges fast allein aufgebürdet sind, kann es sich hinsichtlich der Arbeitszeitdauer nicht der Kontrolle seiner Konsumtionskraft ausliefern, sondern muß mit allen Mitteln auf die Steigerung seiner Gütererzeugung bedacht sein.“

Bern, 11. Dez. Die schweizerische Bundesversammlung hat in einer gemeinsamen Sitzung beider Kammern den Chef des eidgenössischen Departements des Innern zum Präsidenten der Eidgenossenschaft für das Jahr 1925 und den Chef des Justiz- und Polizeidepartements, Bundesrat Doebelin, zum Vizepräsidenten gewählt.

London, 11. Dez. „Daily Telegraph“ meldet aus New York: Eine Gruppe von wohlhabenden, amerikanischen Geschäftsläuten hat beschlossen, in Verhandlungen einzutreten mit dem Juchze, in Deutschland gebaute Luftschiffe zu erwerben, die für den transatlantischen Handelsverkehr geeignet sind. Dem steht zwar die betreffende Bestimmung des Vorkriegs-Vertrages entgegen, aber man glaubt, daß die Zeit gekommen sei, sie abzuändern. Die an dem Plan interessierten Personen hätten Schritte unternommen, um die Unterstützung des Staatsdepartements bei der Eröffnung der Verhandlungen mit dem Vizepräsidenten in Paris zu erbitten, bei dem die Entscheidung über diese Frage liegt.

Politische Nachrichten.

Unliebsame Vorgänge spielten sich am Wahlsonntag und darauffolgenden Montag in Schiedingen ab. Dort hatte der Landesgeschäftsführer der „Vereinigten Vaterländischen Verbände Baden“ am Sonntag eine schwarz-weiße Wahlkloge an dem Balkon seiner Wohnung befestigt. Zu seiner Überraschung wurde mittags um 3 Uhr — also am helllichten Tag — nach Anliegen einer Leiter die Kloge nebst einem Teil der Stange gestohlen und im Triumph durch verschiedene sozialdemokratische Betriebsführer geleitet. Der „Stadthelm“ sorgte für die Wiederherstellung. Am Montag befestigte der Landesgeschäftsführer wiederum die Kloge am Balkon. Der sozialdemokratische Hausbesitzer verlangte das Einziehen der Kloge, was abgelehnt wurde. Nun versuchte man, durch einen mit Spiritus getränkten Lappen, der an einer langen Holznagel befestigt war, von der Stange aus die Kloge abzuheben, was nur zum Teil gelang, da der Befestiger der Kloge mit einem abgebrochenen Gefäßteil vom Balkon aus so lange auf die Holznagel einwirkte, bis der brennende Lappen auf den Balkon fiel. Als dieser Angriff abgeschlagen war, legte man eine Leiter an, um an die Kloge heranzukommen, ein Versuch, der ebenfalls mit dem Scheitern abgewehrt wurde. Daraufhin setzte der Hausbesitzer seine Gartenwinde in Tätigkeit und verlor dabei — allerdings vergeblich — Energie, das zwanzig Minuten dauerte, unter dem Geheule der aufgelaufenen Menge den Inhaber der Kloge vom Balkon zu reißen. Diese strafbaren Handlungen wurden durch die dann eingreifende Gendarmen beendet. Wenig wurde vor dem Glas abschließend des Landesgeschäftsführers und am Hausingang Hofen aufgestellt, um den Wohnungsinhaber beim Verlassen der Wohnung niederzuschlagen. Auch hier mußte Gendarmen eingreifen. Wegen die Täter ist Anzeige erstattet worden.

Die thüringische Sozialdemokratie für Landtagsauflösung. Weimar, 11. Dez. Wie die Telegraphen-Nachrichten erzählt, beabsichtigen die thüringischen Sozialdemokraten, eine Volksentscheidung über die Auflösung des thüringischen Landtages herbeizuführen. Sie fordern den Rücktritt der Regierung und die Auflösung des Parlaments.

Gegen die Unterdrückung der deutschen Studentenschaft in Prag.

Dresden, 11. Dez. An der hiesigen Technischen Hochschule kam es heute zu einer mächtigen Kundgebung für die unterdrückten Prager Studentenschaft. Der überfüllte Saal bestrich der von Hochschulleitung deutscher Art nach Aufforderung Vertreter über die dortigen Vorgänge, unter denen besonders die Studenten der hiesigen Hochschule zu leiden haben. Professor Dr. med. Rehn erwähnte die reichsdeutschen Kommissionen in eindringlichen Worten, sich ständig die Not unserer deutschen Stammesbrüder in Böhmen vor Augen zu halten und alles zu tun, um sie in ihrem schweren Kampfe um ihr Deutschtum zu unterstützen. Danach wurde nach tosendem Beifall folgende Entschließung angenommen: „Die heute zu einer spontanen Kundgebung versammelten Dresdener Studenten geben ihrer Empörung über die unerhörte, allem Recht ins Gesicht schlagende Unterdrückung der deutschen Studentenschaft in der Tschechei wie ein Mann Ausdruck. Sie fordern alle Studenten des Reiches zu einem gewaltigen Protest gegen das Vorgehen der tschechischen Gewaltherrscher gegenüber unseren deutschen Stammesbrüdern auf und fordern die sofortige Entfernung aller Studenten tschechischen Blutes von den deutschen Hochschulen als Gegenmaßnahme.“

Reichspräsident Ebert und der Munitionsarbeiterstreik von 1918.

Münchener, 11. Dez. (Dritter Tag.) Der Vorstehende verließ bei Beginn der heutigen Sitzung das Protokoll der gestrigen Nachmittags-Sitzung in der Wohnung des Reichspräsidenten, wo nochmals der Juchze und der Reichspräsident über die Vorgänge bei der Verammlung im Reichsturm verhandelt wurden. Bei der Gegenüberstellung mit dem Reichspräsidenten und dem Juchze Abgeordneten Dittmann schänkte der Juchze Sprig keine früheren Aussagen erheblich ein und änderte sie in wesentlichen Punkten ab. Der Reichspräsident erklärte bei seiner Vernehmung a. a.: „Ich war nie der Ansicht, daß Streiks den Krieg verkürzen können, und habe nie einen Antrag, er solle einem Gefallenenbeihilfe nicht folgen, geäußert, denn öffentlich dazu aufgefordert. Ich erinnere mich bestimmt, daß in einer Sitzung des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei in jener Zeit die Frage der Befolgung von Streikentscheidungen erörtert wurde. Dabei waren wir einmütig der

allgemein Verkauft der Qualitätswerke

Portschmitt-Schuhe

Schuhhaus
B. Weigel, Pforzheim,
Ecke Delmlingstr. 18 u. Waisenhausplatz 2.
Telephon 672.
Beste Bezugsquelle für
Straßen-, Sport- u. Gesellschafts-Schuhe.
Beachten Sie meine Auslagen!

Kinderwagen, Sportwagen
in einfach bis hochfein.
**Kindermöbel, Ruhestühle,
Koffer und Lederwaren**
in gediegener Ausführung kaufen Sie billig bei
Wilh. Bross, Pforzheim,
Ecke Zerronnenstrasse und Hauptstrasse.

den Ausführungen nahm
an: Der deutsche
eine Ratifizierung des
ab, weil sie dem deutschen
nur schwere Schläge
Das deutsche Volk muß
haltung der Arbeitszeit er-
sicherstellen und den
werden kann. Solange
Krieges soll allein auf-
der Arbeitszeitdauer nicht
ausbleiben, sondern muß
seiner Witterungszeitung

Bundesversammlung hat
kommen den Chef des
zum Präsidenten der Eid-
und den Chef des Justiz-
Soberlin, zum Vizeprä-

ph" meldet aus New York:
italianischen Geschäftsleuten
unterstützen mit dem Zweck,
zu erwerben, die für den
ist. Dem steht zwar
der Vertrag entgegen,
men sei, die abzuwenden,
hätten Schritte unter-
schaftsdepartement bei der
mit Vorschlag: in Paris
über diese Frage liegt.

reien, am Bahnanfang und
an ab. Dort hatte der
den vaterländischen Ver-
schwarz-weiß-rote Partei
besteht. In seiner Ab-
also am helllichten Tag -
neht einem Teil der
durch verschiedene sozial-
Der "Stahlhelm" sorgte
tag beifällige der Hand-
am Ballen. Der sozial-
nate das Glaschen der
versuchte man, durch einen
an einer langen Bohren-
aus die Kugel abzuheben
der Helfer der Flugs
vom Ballen aus so lang
er brennende Kappen auf
abgeschossen war, lag
bevorzukommen, ein Ver-
abgeworfen wurde. Da
Variationsreihe in Takt
gebildet - Spritzen, das
im Geleite der angese-
vom Ballen zu vertrei-
werden durch die dann ein-
wurden vor dem Glas-
und am Hausingang
gesehen beim Verlassen
hier mußte Gendarmen
erhalten worden.

Für Landtagsauflösung.
Kapfen-Union erklärt, be-
schlossen, eine Volks-
tätlichen Landtages her-
der Regierung und die

Studentenschaft in Prag.
den Technischen Hochschule
angelegenheit für die unter-
überliefen Sozial be-
her hat nach Auffin-
vorgänge, unter denen be-
leiden haben. Professor
tischen Kommissionen in
die Rat unterer deutschen
zu halten und alles zu
um ihr Deutschland zu
sendem Beisatz folgende
heute zu einer spontanen
Studenten geben ihrer
Recht ins Gesicht schä-
missionen in der Fälschung
alle Studenten des Me-
das Vorgehen der fäls-
ren deutschen Stämme-
Entfernung aller stu-
deutschen Hochschulen als

Arbeitslosigkeit von 1918.
Der Vorstehende ver-
das Protokoll der gestri-
des Reichspräsidenten
und der Reichspräsident
ung im Leipziger Volk
stellung mit dem Reichs-
nischen Diktatorn schä-
sagen erheblich ein und
ab. Der Reichspräsident
Ich war nie der Ansicht,
men, und habe nie einen
nicht folgen, geschweige
erinnerte mich bestimmt,
der sozialdemokratischen
Folgung von Strafge-
waren wie einmütig der

hhaus
1. Pforzheim,
8 u. Waisenhausplatz 2.
phon 672.
Zugquelle für
Gesellschafts-Schnel-
meine Auslagen!

n, Sportwagen
bis hochlein.
el, Kuchentable
Lederwaren
ung kaufen Sie billig bei
s, Pforzheim,
und Kuchentable

Meinung, daß dem Bestreben, Gefährdungsbedürfnis nicht zu be-
folgen entschieden entgegen zu wirken wäre. Es ist indes nicht
ausgeschlossen, daß ich in meiner Rede in irgend einem Zusam-
menhang gelangt habe, wenn Strafgefahrungsbedürfnis ergeben
würden, solle sich meine Partei bemühen, daß sie rüchsigig
genacht werden. Auf weiteres Bestreben bestätigte der Reichs-
präsident, daß er zwei Söhne im Kriege 1917 verloren habe
und daß der älteste Sohn darauf zum Garnisonsdienst verwen-
det wurde, aber sich mit väterlicher Genehmigung 1918 wieder
zum Frontdienst gemeldet und bis zum Schluss in Italien ge-
kämpft habe. Im Anschluß an die Protokollberichterstattung
Generalstaatsanwalt Storz die nachmalige Vernehmung
des Zeugen Drexel, der nach Kriegs Aussehen der Vernehmung
beigewohnt haben soll. Das Gericht stimmte dem Antrag zu.
Dann wurde der Zeuge Meersmann, der 1918 Chef der kaiser-
lichen Werft in Kiel war, vernommen. Er erklärte, daß eine
Schädigung der Seekriegsführung durch den Streik insofern
eingetreten sei, als die auf der kaiserlichen Werft gebauten oder
reparierten Untersee- und Torpedoboote nicht ausfahren konn-
ten. Wie lange die Verzögerung gedauert, könne er nicht
sagen. Ein weiterer Zeuge Hoffner, der früher Offizier auf
dem Kreuzer "Königsberg" war, sagt aus, daß die "Königsberg"
Roblen nehmen sollte, aber den Beschädigt erhielt, daß infolge
eines Streiks die Werft keine Roblenarbeiter stellen könne. Der
Generalstaatsanwalt richtet an den Zeugen die Frage, ob als
Datum des Roblens der 28. Januar feststehe. Der Zeuge er-
widerte: Nach meiner Erinnerung ja. Der Generalstaatsanwalt
bemerkte hierauf, daß diese Frage wichtig sei, da die Reichs-
sozialisten erst am 28. Januar in die Streikleitung eingetreten
seien. Zeuge Hoffner bemerkt: Ich bin ins Gespräch mit
einigen Arbeitern gekommen, die ich über die Ursache des
Streiks befragte. Die Leute, die nur aus Furcht vor Terror-
akten ihrer Kollegen am Streik teilnahmen, antworteten auf
meine Fragen: "Es hat schon eine ganze Zeitlang hier rumort,
aber jetzt ist aus Berlin Order gekommen, da die Leitung der
sozialdemokratischen Partei auch in die Streikleitung mit ein-
getreten ist." Der Streik hat die Seekriegsführung außerordent-
lich geschädigt. Er war geeignet, die Stimmung der Heere zu
leben. Die Folgen zeigten sich noch nach vielen Wochen. Wir
hätten ohne den Streik auch vor dem Ausbruch der Revolution
schon eine ganze Anzahl der großen Unterseeboote in Fahrt
bringen können. Jede ausgefallene Arbeitsstunde bedeutete
damals schweren Landesverrat. Rechtsanwalt Heine: Der Zeuge
bezeichnet den Werftarbeiterstreik als die Ursache des verloren-
en Krieges. Bereits im September ist aber von der Obersten
Seeresleitung das Telegramm nach Berlin gegangen, worin
der sofortige Waffenstillstand verlangt wird. Auch ohne den
Streik hätten also im Februar 1919 die neuen Unterseeboote
freier nicht auslaufen können. - Zeuge von Hoffner: Das
Telegramm im September wäre gar nicht abgelehnt worden,
wenn der Streik im Januar nicht gewesen wäre. - Rechts-
anwalt Heine: Da die Rede des Zeugen von Hoffner für die
Öffentlichkeit bestimmt ist, muß vor aller Öffentlichkeit fest-
gestellt werden, daß der 28. Januar der Tag war, wo die Wehr-
bestimmungen in die Berliner Streikleitung eingetreten sind,
während der Werftarbeiterstreik in Kiel am 28. Januar ange-
brochen war. Die Reichssozialdemokratie hat mit diesem
Streik nichts zu tun. Hierauf trat eine zweistündige Mittags-
pause ein.

Rabbinerführer nächste Woche.
Berlin, 11. Dez. Amlich wird mitgeteilt: Das Reichs-
kabinett sollte in seiner heutigen Sitzung den Beschluß, dem
Reichspräsidenten zu Beginn der nächsten Woche das Rüd-
trittsgesetz zu unterbreiten. Der Reichspräsident wird, wie
weiter berichtet wird, morgen vormittag die Führer der dis-
serigen Koalitionsparteien, am Nachmittag die Reichsnatio-
nalen und am Samstag abend die Sozialdemokraten empfangen.
Pariser Stimmen zum Rüdtrittsgesetz der Reichsregierung.

Die Gründe des Rüdtrittsgesetzes.
Berlin, 11. Dez. Die heutige Kabinetsitzung dauerte etwa
zwei Stunden. Da das Kabinett durch den Rüdtrittsgesetz
vom Mittwoch den Charakter eines Geschäftsministeriums er-
halten hat, herrschte Stimmigkeit darüber, daß eine effizien-
tische Regierung so schnell wie möglich gebildet werden müsse.
Da die Fraktionen des neuen Reichstages erst in der nächsten
Woche zusammentreten, ist der Wochenanfang für die Demission
des Kabinetts der früheste Termin. In politischen Kreisen ver-
mutet, daß Dr. Marx als Reichskanzler für ein Kabinett der
Rechtskoalition nicht in Betracht kommt.

Paris, 11. Dez. Die heutige Presse befaßt sich auf
kurze Kommentare zu der amtlichen Meldung über den gestrigen
Ministerrat in Berlin. Allgemein wird darauf hingewiesen,
daß der Rüdtritt des Kabinetts, zu demissionieren, auf die Pal-
tung Stresemanns zurückzuführen sei, der sich geweigert habe,
mit den Sozialdemokraten in der Regierung zusammen zu ar-
beiten. Die Meinung der Presse über die künftige Gestaltung
der deutschen Regierung ist nicht einheitlich. Aus der nationa-
listischen Presse geht jedenfalls hervor, daß man eine Regierung
des Bürgerblocks in den Kreisen der französischen National-
isten sehr begrüßen würde, da man sich davon Rückwirkungen
auf die Stellung Deutschlands verheißt.

Um den neuen Kanzler.
Berlin, 11. Dez. Raum ist der Rüdtritt des Kabinetts be-
kannt geworden, so beginnt schon das große Rätselraten, wer
das Erbe des Reichskanzlers antreten soll. Am meisten ge-
nannt wird dabei der Außenminister Stresemann, der selbst
aber keinerlei Reizung hat. Daneben macht man auch auf
den Finanzminister Dr. Luther aufmerksam, und schließlich wird
der frühere bayerische Ministerpräsident Graf Hertling ge-
nannt. Jedenfalls handelt es sich dabei aber nur um Kon-
stellationen. Man wird die weitere Entwicklung ab so vorzu-
stellen haben, daß der Reichspräsident, bevor er seine Ent-
scheidung trifft, die Führer der Parteien zu sich bittet und dabei
auch dem Zentrum die Frage vorlegt, ob es endgültig die Re-
sultation eines Kanzleramters ablehnt. Erst dann wird Herr
Obert sich entscheiden, wenn er die Bildung der künftigen Re-
gierung anvertraut.

Fieg des französischen Standpunktes in der Schulfrage.
Rom, 11. Dez. Wie schon gemeldet, hat der Vertreter
Italiens, Salandra, sich als Berichtshatter über die Schul-
fragen des Saargebietes völlig auf den französischen Standpunkt
gestellt. In diesem Sinne wird auch die Eingabe der Reichs-
regierung beantwortet werden. Wie erfahren aus Saarfreisen,
daß der nächsten Tagung des Völkerbundes ein umfangreiches
Beizeitsmaterial über den französischen Druck vorgelegt werden
wird, um den Wunsch der französischen Schulen durch An-
derung von Arbeitszeitung der Eltern oder durch Lohn-
senkung, wie Weihnachtsbesuche oder Ferienreisen nach Frankreich,
zu erlangen. Innerhalb fixiert der Bericht genau das Recht
der deutschen Bevölkerung. Nach Verlesung des Berichts gab
der englische Vertreter, Chamberlain, seiner Erwartung Aus-
druck, daß dieses Recht gewahrt würde. Der französische Prä-
sident der Saarregierung, Kaoul, sagte dies ausdrücklich zu.

Die Unwahrscheinlichkeit über die Saarfrage.
Rom, 11. Dez. Einzelne Saarfragen und die Panziger
Frage beschäftigten die heutige Frühung des Völkerbundes.
In einem offiziellen Protokoll über die Saarfrage wird er-

klärt, die dortigen französischen Schulen dienen nur den Kin-
dern der französischen Beamten. (1) Sie sei für andere Kinder
verboden. (2) Diese Erklärung entspricht nicht den Tatsachen,
da auf die deutschen Arbeiter dauernd ein Druck ausgeübt wird
zum Besuch der französischen Schulen.

Kurzwortweise Gehe.
Paris, 11. Dez. In der Veröffentlichung der "Daily
Mail" bezüglich der Militärkontrolle wurde auf dem Canal
d'Orsay erklärt, daß die "Daily Mail" nicht das Recht hätte,
derartige tendenziöse Mitteilungen zu machen. Die Kontrolle
habe weitaus bessere Resultate ergeben, und im allgemeinen sei
man in Paris nicht unzufrieden. Man finde es sogar unerhört,
daß die "Daily Mail" derartige tendenziöse Mitteilungen ver-
öffentliche und die öffentliche Meinung aufzufächeln inche. Sie
seien durchaus unberechtigt. Der Bericht, den die Kontroll-
kommission der Völkerbundeskonferenz erhalten, sei durchaus we-
niger tendenziös gehalten als die Ausführungen der "Daily
Mail".

Berlin, 11. Dez. In den Meldungen der "Daily Mail" und
des "Journal" über eine angebliche Mitteilung der Militär-
kontrollkommission an die französische und englische Regierung
erfährt die Telegraphen-Union an ausländischer Stelle, daß die
Meldungen falsch und tendenziös sind. So wird in der einen
Meldung ein Fall aufgegriffen, der schon vier Jahre zurück-
liegt. Das Reichsvergehelei sei seinerzeit von der interalliierten
Militärkontrollkommission geprüft worden, jedoch sich eine
weitere Erörterung der Meldungen erübrigt.

Saladin über die Räumungsfrage.
London, 11. Dez. Im Unterhaus erklärte Premierminister
Saladin auf eine Frage Newthorps, die Frage der Räumung
des Kölner Gebiets werde von der Regierung sorgfältig geprüft.
Über Newthorps möge sich vergegenwärtigen, daß die Entschä-
dung darüber, bis zu welcher Ausdehnung Deutschland am 10.
Januar die Bedingungen erfüllt habe, die nach dem Versailler
Vertrag vor der Räumung zu erfüllen sind, einem Ueberein-
kommen zwischen den Alliierten unterworfen sei. Auf die Frage
Newthorps, ob die Räumungsbedingungen, wonach England auf
unbestimmte Zeit in Köln bleiben werde, falsch seien, erklärte
Saladin, daß alle Meldungen darüber, die Newthorps gesehen
haben könne, durchaus nicht autorisiert und unbegründet seien.

Briefkasten der Schriftleitung.
A. W. in Derrnab. Ihre Anfrage wird von zuständiger
Stelle wie folgt beantwortet:
Nach Ihrem Schreiben ist die Hypothek 1918 ausgeliehen
worden. Der Betrag der Hypothek wird gemäß § 2 Abs. 2 der
dritten Steuernotverordnung nach dem Dollarkurs am Tag des
Gewerbs zunächst in Goldmark umgerechnet. Aus diesem Gold-
markbetrag kann der Gläubiger nach dem jetzigen Stand der
Geldgebung 15 Prozent Aufwertung verlangen. Hinsichtlich
der Verpflichtung zur Aufwertung ist zu unterscheiden: Wenn
Verkauf des Hauses ist die Hypothek (das dingliche Recht) auf
dem Haus stehen geblieben, die dingliche Aufwertungsübernah-
mung trifft Reiz den jeweiligen Eigentümer (§ 1 Abs. 2 Ziff. 1
der dritten Steuernotverordnung). Hinsichtlich der Verpflich-
tung zur Aufwertung der persönlichen Schuld kommt es darauf
an, ob der Käufer des Hauses aus Anlaß des Hauskaufes die
persönliche Schuld übernommen hat oder nicht. Dies hängt
nur durch Einsichtnahme des Kaufvertrages festzustellen werden.
Hat der Käufer die Schuld übernommen, § 1. durch Abzug
eines entsprechenden Betrags am Kaufpreis, so trifft ihn aus
persönlich die Verpflichtung zur Aufwertung. Im anderen
Fall, § 2, wenn der Käufer die persönliche Schuld nicht über-
nommen hat, ist der ursprüngliche Darlehensnehmer heute noch
zur Aufwertung der persönlichen Schuld verpflichtet. Daraus
ergibt sich folgende Rechtslage: a) Hat der Käufer die Schuld
übernommen, so haftet er persönlich (§ 1. mit seinem gesamten
Vermögen) für die Aufwertung, außerdem haftet noch das
Grundstück dafür. b) Hat der Käufer die Schuld nicht über-
nommen, so muß der frühere Eigentümer die Aufwertung be-
zahlen; als Sicherheit für die Aufwertung haftet aber auch
hier das dem neuen Käufer gehörige Grundstück. c) Eine
gleichzeitige Schuldübernahme während der Aufwertung, § 1, bestimmt
sich nach § 416 BGB. Sehr häufig verläuft es die Ver-
pflichtung, eine wirksame Schuldübernahme herbeizuführen;
in diesem Fall richtet sich das Rechtsverhältnis zwischen den Be-
teiligten nach § 415, Abs. 3 BGB (Schuldner ist nach der alten
Eigentümer und er haftet dem Gläubiger mit seinem gesamten
Vermögen; der Gläubiger kann sich aber freiwillig wieder an
den Käufer halten, der zwar nicht Schuldner geworden, aber
dem alten Eigentümer gegenüber verpflichtet ist, die Schuld zu
tilgen.)

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Für Gründung eines
Siedlungs-Bereins Neuenbürg.
G. m. b. H.,
werden auf dem Rathaus (Zimmer 1 oder 2) in den nächsten
Tagen weitere Zeichnungen entgegengenommen.
Stadtarchitekt Knodel.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Es wird hiermit jedermann, namentlich die Frauenwelt
von hier und auswärts eingeladen, die
Ausstellung von Arbeiten der
Frauenarbeitschule
im Rathausaal am
Montag, den 15. ds. Mts., von vorm. 9 Uhr bis abds. 6 Uhr,
zu besichtigen. Eintritt frei.

Frauenortschnrat:
Vorsitzender: Stadtarchitekt Knodel.
Weihnachts-Bitte.
Für die in herkömmlicher Weise abzuhaltende Weih-
nachts-Versammlung für die Patienten des Bezirkskranken-
hauses werden Saden erbeten und angenommen von der
Oberamts- und Oberamtsärztlicher Kabinet.

Mädchenbund Neuenbürg.
Die Aufführung "Marientind" (nach Grimm) wird am
Sonntag, den 14. Dezember, abends 8 Uhr, im
Gemeindehaus wiederholt, da die Nachfrage nach Karten am
7. Dezember bei weitem nicht befriedigt werden konnte.
Eintrittskarten für Erwachsene und Kinder zu 1.-,
50 Pf. und 20 Pf. sind zu haben in der Buchhandlung
Strom.
Der Erlös ist zu Weihnachtsgaben bestimmt.

Gefangverein „Frohinn“
Schwann.
Am Samstag, den 13. Dezember, punkt 7 Uhr,
hält der Verein im Gasthaus „Wald-
horn“ seine alljährliche
Abend-Unterhaltung
verbunden mit theatraischen Auffüh-
rungen ab, wozu Freunde und Gönner von hier
und Umgebung höf. eingeladen sind.
Der Ausschuß.

Gräfenhausen, den 12. Dezember 1924.
Todes-Anzeige.
Freunden und Bekannten machen wir die
traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann,
unser treubeforgter Vater und Großvater
Karl Krazer
im Alter von 78 Jahren unerwartet rasch in
die ewige Heimat abgerufen wurde.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Die Gattin: **Hosine Krazer**, geb. Bleicholder,
Karl Krazer mit Frau,
Wilhelm Burger mit Frau.
Beerdigung: Samstag nachmittag 3 Uhr.

Calmbach, 12. Dezember 1924.
Todes-Anzeige.
Ich erlaube hiermit allen Freunden und Be-
kannten an, daß mein lieber Mann
Ludwig Albert Gall
nach langem, schweren Leiden am Dienstag früh
um 4 Uhr sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Namens der trauernden Hinterbliebenen:
Marie Gall mit 8 Kindern.
Beerdigung findet am Samstag um 2 Uhr statt.

Es ist selbstverständlich
Ich bin ganzlich im Besitz einer Eigentüm-
schaft. Die stilles am Böhmerland unter
effizienter Leiter aber, die wir eine ein-
gute Stellung mit eigenen, ausgedehnten
Dienstleistungen auf dem Bau- und Holz-
bau, mit vielen weiteren Interessen
Verbindlichkeiten auf allen Wirtschaft-
sfeldern, einen vollständigen Haus-
bestand, mehreren Etagen-
Büro- und dem größten
Baugrundstück haben wollen,
bestehen ausschließlich in
höchster persönlicher
Kommunikation u. persönlicher
unveränderlicher Leitung.

Stuttgarter Neues Tagblatt

Weihnachts-Geschenke!
Herren-Strickwesten, Herren-Oberhemden
Herren-Sporthemden, Herren-Unterwäsche
Socken und Sport-Strümpfe
Hosenträger u. Taschentücher
Handschuhe für Herren, Damen und Kinder
in reicher Auswahl und allen Preislagen.
G. Weinmann, Maßschneiderei
W. Gaiser's Nachf., Neuenbürg.

Mein Geschäft ist an den beiden
Sonntagen vor Weihnachten
geöffnet.
Pforzheim Frank Westl. 29. I.

empfehle ich in großer Auswahl in feinsten Ausführung zu den billigsten Preisen:

Außerdem biete ich aus meinem Lager **Polier- und Antriebs-Motore** für Gleich- und Drehstrom, fabriken und gebrachte erstklassige Fabrikate, zu äußerst billigem Preise an.

Kreisarchiv Calw